

### Warum die Türkei kulturell und sozial ganz sicher zu Europa gehört - und wahrscheinlich auch besser in die Europäische Union

Nauck, Bernhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nauck, B. (2006). Warum die Türkei kulturell und sozial ganz sicher zu Europa gehört - und wahrscheinlich auch besser in die Europäische Union. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 1118-1125). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-144740>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Warum die Türkei kulturell und sozial ganz sicher zu Europa gehört – und wahrscheinlich auch besser in die Europäische Union

*Bernhard Nauck*

Kaum ein Leser der Verhandlungen des 32. Deutschen Soziologie-Kongresses »Soziale Ungleichheit – kulturelle Unterschiede« wird sich noch daran erinnern können oder wollen, dass dieser unmittelbar vor der Entscheidung des Europäischen Rates stattfand, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei mit einem Zeithorizont von zehn bis fünfzehn Jahren aufzunehmen. Dies ist jedoch als Kontext der Frage, ob die Türkei kulturell und sozial zu Europa gehört, von entscheidender Bedeutung, da zu solchen Zeitpunkten sich typischerweise der Kreis der Diskutanten dieser Frage ebenso ändert wie die Art der Argumentation. Entsprechend ist auch in dieser Situation zu beobachten gewesen, wie zumeist selbsternannte Experten der großen medialen Nachfrage nach Sinndeutung und nach wohlfeilen Argumenten für die politische Auseinandersetzung nachgekommen sind. Dieser besonderen Situation Rechnung tragend, wird der Beitrag mit einer (1) persönlichen Bemerkung eingeleitet, der (2) das unausweichliche kurze politische Statement folgt, bevor (3) einige Anmerkungen zur Sozialstruktur und Kultur der Türkei einen Beitrag (4) vorbereiten, welche (mögliche) Rolle den Sozialwissenschaften in der Beantwortung der aufgeworfenen Frage zukommen könnte.

## 1.

Kann zu anderen Zeitpunkten der Frage der Zugehörigkeit der Türkei zu Europa und zur Europäischen Union ein gewisses, durch wissenschaftliche Neugier gespeistes Interesse abgewonnen werden, so wird dies in Zeiten politischer Entscheidungsfindung überlagert durch den dadurch gegebenen Handlungsdruck, in dem typischerweise vor allem normative Setzungen und weniger empirisch-theoretisch begründbare Aussagen von Bedeutung sind. Entsprechend stellt sich sehr schnell die Frage, inwieweit professionell gewonnenes Wissen in solchen Auseinandersetzungen überhaupt Relevanz gewinnen kann oder ob diese sich nicht zwangsläufig an den »großen« politischen Fragen festbeißen muss, zu denen selbstverständlich auch jeder Sozialwissenschaftler in seiner Eigenschaft als aufmerksamer Staatsbür-

ger und Zeitgenosse seine Meinung haben wird und äußern kann, zu deren Beantwortung jedoch sein professionelles Wissen wegen der Komplexität bestenfalls marginal etwas beiträgt. Folglich wird in solchen Debatten der jeweilige professionelle Hintergrund der Diskutanten zunehmend ununterscheidbarer und das legitimierte Fachwissen zunehmend unbedeutender, und was allein zählt, ist das »dafür« oder »dagegen« in der normativen Frage. Nicht nur Sozialwissenschaftler unterscheiden sich dann ganz erheblich untereinander, inwieweit sie bereit sind, das Kollektivgut akademischer Reputation und das Individualgut des eigenen akademischen Status auszubeuten, um ihrem Votum größeres Gewicht in der jeweiligen Auseinandersetzung zu geben und den zwangsläufigen Abnutzungseffekt dieses Tuns billigend in Kauf zu nehmen. Zwar kann der Umgang mit Individualgütern auch hier als die Entscheidung des jeweils Einzelnen betrachtet werden, die Sorge um das Kollektivgut der Reputation der Soziologie kann es nicht, und mindestens insofern stellt sich die Legitimitätsfrage, insbesondere wenn es sich um Beiträge zu einem Soziologiekongress handelt.

## 2.

Zur Dramaturgie der öffentlichen Vermittlung von politischen Entscheidungsprozessen gehört es, dass das Entscheidungsproblem auch dann als »neu« dargestellt wird und so – mit aller dazugehörigen Aufgeregtheit – als legitime Nachricht verkauft werden kann, wenn dies tatsächlich nicht der Fall ist. Dies ist bei der Frage der EU-Mitgliedschaft nicht anders als zum Beispiel bei der Restrukturierung der sozialen Sicherungssysteme aufgrund demographischer Veränderungen, die auch seit über 30 Jahren in allen Komponenten bekannt und wohldokumentiert sind, aber deren Konsequenzen erst jetzt beginnen wirksam zu werden. Im Falle der EU-Mitgliedschaft der Türkei lesen sich massenmediale Berichterstattungen und die akademisch-feuilletonistischen Reaktionen darauf so, als habe *frivolerweise* und *zur Überraschung aller* erst *kürzlich* der Vorsitzende einer islamistischen Partei und Ministerpräsident der Türkei, Eyüp Erdoğan, einen Antrag auf Aufnahme in die Europäische Union gestellt, was zu bewerten, zu kommentieren und zu verkraften es nun Aufgabe aller EU-Staaten und deren Bürger sei. Dem ist, wie man weiß, nicht so, vielmehr steht von *beiden* Seiten diese Option seit mehr als 40 Jahren im Raum und ist von beiden Seiten in regelmäßigen Abständen immer wieder bekräftigt worden, egal welcher politischen Couleur die türkische oder deutsche Regierung gerade angehörte und welche Konstellation in Brüssel dominierte. Entsprechend ist auch die Frage, ob die Türkei zu Europa gehört, ob politisch, sozial oder kulturell, oder

ob sie Mitglied der Europäischen Union sein sollte, mindestens ebenso alt und tatsächlich auch immer wieder politisch beantwortet worden.

Dieser Umstand sollte es eigentlich schwerer machen, *nunmehr* Argumente vorzubringen, die so nicht auch schon vor 40 Jahren gegolten haben, zum Beispiel was die (»zu hohe«) Bevölkerungsgröße, die (»zu hohen«) Anteile des Agrarsektors im Beschäftigungssystem, die (»zu niedrige«) Bildung der Bevölkerung, die Dominanz des Islam als Religion und den Minoritätenstatus des Christen- und Judentums oder was die klientelistische Struktur der türkischen Parteiendemokratie oder die zentralistische Struktur der türkischen Administration anbetrifft. Entsprechend wäre zu begründen, warum heute die politische Entscheidungssituation eine andere ist als bei den verschiedenen Gelegenheiten zuvor und warum die Türkei heute weniger zu Europa gehört als in den 1960er, 1970er, 1980er oder 1990er Jahren. Entsprechend gilt es für ein verantwortliches politisches Handeln zu bedenken, welche Konsequenzen es außen- und innenpolitisch hätte, wenn eine vor mehr als 40 Jahren eingeschlagene und immer wieder bekräftigte Politik geändert würde, das heißt, der Legitimationsbedarf wäre auch hier für den Politikwechsel größer und es müssten *neue gewichtige* Gründe hierfür vorgebracht werden können.

Erstaunlicherweise spielt bei dieser politischen Auseinandersetzung um die EU-Mitgliedschaft nach wie vor die Frage eine Rolle, ob denn die Türkei überhaupt zu Europa gehört, wobei dann weniger geographisch-klassifikatorische Aspekte eine Rolle spielen, sondern vielmehr soziale und kulturelle Zugehörigkeiten. Bei einem ablehnenden Votum stellt sich dann allerdings sofort die Frage, wohin die Türkei denn dann zuzurechnen sein sollte – zu Afrika? zu Asien? Oder weniger kategorial: Ist die soziale und kulturelle Ähnlichkeit der Türkei zu den asiatischen oder afrikanischen Nachbargesellschaften größer oder kleiner als zu den europäischen Nachbargesellschaften? Nach allen vorliegenden Sozialindikatoren ist das wohl nicht der Fall.

Faktisch scheint allerdings die Frage der Zugehörigkeit der Türkei zu Europa sozial und institutionell längst entschieden:

- Selbst hartgesottene rechtsradikal gestimmte Anhänger deutscher Fußball-Fanclubs haben niemals – zumindest öffentlich – in Zweifel gezogen, dass es sich bei Spielen ihres Vereins gegen Beşiktaş Istanbul oder Trabzonspor um legitime Europapokalspiele handelt; hätten die türkischen Vereine um den Asia-Cup oder Africa-Cup spielen sollen?
- Als die Frau des Ministerpräsidenten der Türkei erzwingen wollte, eine türkische Universität *mit* Kopftuch zu betreten, was ihr vom Rektor unter Verweis auf die laizistischen Verfassungsgrundsätze verwehrt worden war, hat sie vor europäischen Gerichtshöfen versucht, sich für ihr Anliegen auf Menschenrechte zu be-

rufen. Ihr Fall ist – zuständigkeitshalber – angenommen und abschlägig beschieden worden.

Mir ist kein Beispiel bekannt, bei dem die Türkei als Staat, ihre Institutionen (auch die wissenschaftlichen) oder ihre Bevölkerung in asiatischen oder afrikanischen Organisationen vertreten sind.

### 3.

Nicht nur wegen der fehlenden kontinuierlichen empirischen Forschung zur Sozialstruktur der Türkei fällt deren synoptische Beurteilung oder eine vergleichende Darstellung mit den EU-Mitgliedsstaaten außerordentlich schwer; leider verleitet die ungenügende Datenlage in den laufenden Auseinandersetzungen auch zu vielerlei spekulativen Behauptungen, die jeder nachprüfaren empirischen Grundlage entbehren oder auf der Generalisierung von Einzelbeobachtungen beruhen, die umso mehr Aufmerksamkeit erhalten, je exotischer ihr Inhalt ist, für deren Dementierung aber ebenfalls gesicherte Befunde fehlen. Solche Befunde – etwa gestützt auf ein robustes System von Sozialindikatoren – wären jedoch zur Versachlichung der Diskussion, die bislang beinahe ausschließlich auf der Basis wechselseitiger Einstellungen zueinander und der Übereinstimmung in grundlegenden Werten geführt wird, von großem Wert. Gerade letzteres ist jedoch schon deshalb problematisch, weil hierzu die Unterstellung einer relativ hohen internen Homogenität der jeweiligen Gesellschaften in den Attitüden und Werten ihrer Mitglieder eine zwingende Voraussetzung ist. Diese ist jedoch für die Türkei nicht gegeben, vielmehr scheint das grundlegende Charakteristikum der Türkei ihre *interne politische, soziale und kulturelle Gespaltenheit* in Verbindung mit einem für europäische Verhältnisse *rasanten sozialen Wandel* zu sein.

- Die politischen Antagonismen resultieren aus der Kombination von zentralistischer Organisation des türkischen Nationalstaats, zugleich schwacher Durchsetzung universalistischer Rechtsnormen aufgrund der klientelistischen Organisation des türkischen Parteiensystems und einer geringen Ausprägung sozialstaatlicher Sicherungssysteme und wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung, die wiederum nepotistisch organisiertes *rent seeking* und Patronage stützt. Hinzu kommt, dass das Gerichtswesen notorisch unterausgestattet ist und eine professionelle Selbstkontrolle der Rechtsanwälte weitgehend fehlt, so dass hohe Anreize für Korruption fortbestehen, die Durchsetzung von Recht zeitlich und finanziell außerordentlich aufwändig und ungewiss im Ausgang ist.

- Die sozialen Antagonismen resultieren zwar auch aus den unterschiedlichen Partizipationschancen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen (einschließlich der ethnischen und religiösen Minderheiten), bedeutsamer ist jedoch die dramatische soziale Ungleichheit nach Bildung, Einkommen und Besitz, die aus der weithin wirtschaftsliberalistischen Grundverfassung der Türkei resultiert und in Kombination mit der Einnahme von Spitzenpositionen im Patronagesystem hohe Einkommenszuwächse binnen kurzer Zeit ermöglicht.
- Die kulturellen Antagonismen der Türkei resultieren aus der faktischen Koexistenz von divergierenden gesellschaftlichen Ordnungssystemen. Demokratisch-rechtsstaatliche Vorstellungen, Individualismus und Persönlichkeitsrechte haben ihre Basis in der gebildeten urbanen Bevölkerung in den Metropolen der westlichen Türkei und knüpfen unmittelbar an die »Revolution von oben« durch Atatürk mit der Implementierung der modernen laizistischen türkischen Republik an. Zugleich bestehen jedoch Ordnungsvorstellungen weiter, die in der subsistenzwirtschaftlich organisierten Dorfkultur ihren Ursprung haben (und die nicht mit »Islamismus« verwechselt werden sollten, der eher als ein Nebenprodukt des Modernisierungsprozesses zu verstehen ist) und in »kinship, patrilineage« und Generationenloyalität ihren Ausdruck finden und ihre Effizienz für die Bewältigung der lebenspraktischen Probleme eines Großteils der ländlichen Bevölkerung und der städtischen Unterschicht nach wie vor tagtäglich unter Beweis stellen.

Der rasante soziale Wandel der Türkei lässt sich anhand weniger Kennziffern illustrieren:

- Innerhalb von 40 Jahren hat sich der Anteil der im Agrarsektor Beschäftigten von 79 Prozent auf 33 Prozent verringert, gleichzeitig ist der Anteil der in der Industrie Beschäftigten von 11 Prozent auf 24 Prozent und der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor von 10 Prozent auf 43 Prozent gestiegen.
- Von 1935 bis 1990 ist der Anteil der Analphabetinnen von 90 Prozent auf 28 Prozent gesunken, der Anteil der Analphabeten von 70 Prozent auf 11 Prozent. Da im Bildungssystem der Türkei die Schulpflicht inzwischen weitgehend durchgesetzt und auf acht Schuljahre ausgedehnt worden ist, verlagert sich das Bildungsproblem der türkischen Gesellschaft zunehmend von den früheren Defiziten und Versäumnissen bei den statusniedrigen Sozialschichten und in den ländlichen Regionen, insbesondere in Ostanatolien, hin zu den Konsequenzen des nach wie vor sehr hohen »brain drain«, das heißt der Auswanderung der akademisch Gebildeten insbesondere nach Amerika (wohingegen Europa von dieser Abwanderung bislang kaum profitieren konnte).
- Innerhalb von 40 Jahren ist die zusammengefasste Geburtenziffer der Türkei von 6.2 (1960) auf 2.4 (2000) gesunken – mit weiter stark fallender Tendenz.

Schon jetzt liegt die westliche Hälfte der Türkei (wie alle anderen europäischen Gesellschaften) unterhalb des Reproduktionsniveaus, und in den nächsten Jahren wird dies für die gesamte Türkei zutreffen. Wegen der Gleichheit in der institutionellen Struktur und damit des Fehlens jeder staatlichen Familienpolitik besteht kein Zweifel daran, dass die Türkei innerhalb der nächsten 10 Jahre wie die anderen europäischen Mittelmeer-Gesellschaften ein »low-low-fertility«-Land sein wird. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass dies merkliche Auswirkungen auf die Wanderungsbilanz der Türkei haben wird, denn in den letzten Jahren hat die Zuwanderung – insbesondere aus den Balkan- und den ehemaligen GUS-Staaten – deutlich zugenommen; auch diesbezüglich scheint die Türkei mit geringer zeitlicher Verzögerung den übrigen europäischen Mittelmeer-Staaten zu folgen.

#### 4.

Die Frage ist nur, inwieweit die Verfügbarkeit über solche und weitere Sozialindikatoren die Beantwortung der Frage der Zugehörigkeit einer Gesellschaft zu einer Gruppe von Gesellschaften (»Europa« und/oder »Europäische Union«) ermöglicht oder das politische Entscheidungsproblem erleichtert. Dies betrifft Indikatoren zur institutionellen Struktur gleichermaßen wie individuelle Verhaltens- oder Einstellungsindikatoren. Unklar und zumeist im Impliziten belassen sind hierbei die zugrunde gelegten Entscheidungsregeln: Zumeist scheinen hierbei einfache Daumenregeln der Art zu gelten, dass eine hohe Ähnlichkeit in den Sozialindikatoren zugleich ein Inklusionsargument ist, wohingegen Unähnlichkeit als Argument für Exklusion Verwendung findet. Methodisch zu bemängeln ist hierbei, wenn dann Indikatorenwerte für einzelne Gesellschaften (hier: die Türkei) mit solchen für Gesellschaftsgruppen (etwa: die Europäische Union) verglichen werden, da hierbei die Binnenvarianz in der Gesellschaftsgruppe eingeengt wird. Moralisch könnte zudem bemängelt werden, wenn derlei Vergleiche kasuistisch erfolgen, das heißt bei der Zugehörigkeit der Türkei zu Europa herangezogen werden, für andere Gesellschaften hingegen nicht. In beiderlei Hinsicht scheint für die Beurteilung des »Falls« Türkei Griechenland ein angemessener Bezugspunkt zu sein. Nach den verfügbaren Sozialindikatoren sind die griechische und die türkische Gesellschaft sehr ähnlich strukturiert, sie unterscheiden sich hierbei zugleich sowohl deutlich von mittel- und nordeuropäischen als auch von anderen südwesteuropäischen Gesellschaften. Aber auch hinsichtlich des institutionellen Gefüges, der politischen Kultur (Klientelismus und Korruptionsanreize) und Geschichte (einschließlich der Rolle des Militärs und der Religion) scheint Griechenland ein Vergleichsmaßstab zu sein, der keineswegs

zum Nachteil der Türkei ausgehen würde. Wer also die Mitgliedschaft Griechenlands (und Zyperns) in der Europäischen Union begrüßt – für die beide solche sozialstrukturellen Entscheidungsregeln nicht angewendet worden sind, hat wenig gute Argumente, sie für die Türkei zu fordern oder diese auf deren Basis abzulehnen.

Grundlegender ist jedoch die Frage, wie groß die Reichweite und die Validität von solchen Sozialindikatoren für Inklusions- oder Exklusionsentscheidungen sind. Was wäre das Entscheidungskriterium?

- Wäre eine Exklusionsentscheidung dann legitimiert, wenn die Zwischenvarianz für einen Indikator größer ist als die Binnenvarianz der jeweiligen Gesellschaft, für die die Zugehörigkeit geprüft werden soll? Und wenn ja, die Zwischenvarianz zu Europa/zur Europäischen Union oder zur nächstgelegenen oder ähnlichsten Gesellschaft?
- Wäre die Exklusionsentscheidung dann legitimiert, wenn die Mittelwerte für einen Indikator um eine halbe, eine oder zwei Standardabweichungen voneinander abweichen?

Abgesehen davon, dass jede theoretische Begründung für irgendeine Entscheidungsregel fehlt, wäre zusätzlich zu klären, wie mehrere Indikatoren zueinander in Beziehung gesetzt bzw. gewichtet werden sollen. Schließlich stellt sich die Frage, ob und wie Daten, die auf der Individualebene erhoben und dann aggregiert worden sind (etwa: Mittelwerte auf Werteskalen, Fertilitätsraten, Analphabetinnenquoten, Durchschnittseinkommen), dazu verwendet werden können, Prozesse auf der Makro-Ebene (politische Integration) zu beurteilen. Offensichtlich handelt es sich hier um einen Ebenenwechsel im Mehrebenensystem der Kultur, bei dem umstandslos von der Individualebene der Werte, Präferenzen und Handlungen von Akteuren auf die Makroebene des Aufbaus der Institutionen einer Gesellschaft und deren staatliche Gesamtorganisation geschlossen wird.

Gleichwohl macht das sozialwissenschaftliche Forschungsinteresse an der Übereinstimmung in den Werten und Einstellungen in den verschiedenen Regionen Europas auf ein Desiderat der bisherigen politischen Diskussion zur EU-Mitgliedschaft aufmerksam. Diese hat sich nämlich ausschließlich auf die *Systemintegration* konzentriert, indem sie ausschließlich die Kompatibilität des Rechtssystems, des Wirtschaftssystems und des politischen Systems geprüft bzw. deren Herstellung in den Blick genommen hat. Dagegen hat die politische Diskussion die *Sozialintegration* – nicht zuletzt wegen ihrer geringen Steuerbarkeit – weitestgehend vernachlässigt. Dass die Sozialintegration von sozialwissenschaftlicher Seite so stark betont wird – insbesondere in den »integrationskritischen« Diskussionsbeiträgen – kommt nicht von ungefähr, handelt es sich doch dabei um einen Klassiker soziologischen Denkens. Allerdings scheint auch hier eine theoretische Klärung hinsichtlich einer Ent-



scheidungsregel für die Integration europäischer Gesellschaften noch auszustehen: Zwar gehört es zu den Grundannahmen aller Gesellschaftstheorien, dass ein Mindestmaß an Sozialintegration auch für das Funktionieren der Systemintegration notwendig ist. Es gehört aber ebenfalls zu den Grundannahmen, dass ein sehr hohes Maß an Sozialintegration eher effizienzmindernd für ausdifferenzierte Sozialsysteme ist, das heißt, die implizit vermittelte Botschaft der »integrations-kritischen« Beiträge »Je mehr Sozialintegration, desto besser« gilt gerade für moderne Gesellschaften nicht.

Der Prozess der Europäischen Integration ist zweifellos ein grandioses sozialwissenschaftliches Forschungsfeld, an der auch die klassische Fragestellung der Sozialintegration systematisch bearbeitet werden könnte – als Mehrebenenproblem und als Interdependenz von System- und Sozialintegration. Nach dem derzeitigen Stand soziologischer Theoriebildung und Indikatorenentwicklung für die systematische Beobachtung dieses Prozesses sind die Sozialwissenschaften jedoch weit davon entfernt, wissenschaftsbasierte Prognosen über den Verlauf dieses Prozesses abzugeben – mit oder ohne die Türkei! Insofern sollte die Beruhigung der politischen Diskussion, nachdem die Entscheidung über die Beitrittsverhandlungen einmal gefallen ist, von der Profession zum Anlass genommen werden, sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu besinnen und zum »Bohren der dicken Bretter« zurückzukehren, denn selbst bezüglich der sozialwissenschaftlichen Indikatoren, die für die Beschreibung des Integrationsprozesses von Europa auf den einzelnen Ebenen hilfreich wären, bestehen bislang allenfalls intuitive Vorahnungen. Hier bestünde durchaus die Chance, verlorenes Terrain von den Ökonomen zurückzugewinnen, die zumeist allzu schnell und bedenkenlos den immer gleichen Satz von Indikatoren zu Rate ziehen.